

**Thais Maingon**

## **Wahlen in Venezuela: Kontinuität und Wandel**

Während der 1980er Jahre haben Lateinamerika und die Karibik zeitgleich zwei Prozesse durchlaufen: Auf der einen Seite erlebten sie eine der schlimmsten Wirtschaftskrisen in ihrer Geschichte mit verheerenden Konsequenzen bezüglich der materiellen Lebensbedingungen großer Teile der Bevölkerung. Auf der anderen Seite aber setzten viele Gesellschaften der Region Prozesse der Redemokratisierung in Gang. Im Laufe dieser Dekade haben die Wahlprozesse eine Bedeutung gewonnen, die weit über ihren inhärenten Charakter hinauswies. Sie konstituierten endgültig eine institutionalisierte Art der Meinungsäußerung der Bevölkerung in vielen Gesellschaften, die – und Venezuela ist hier keine Ausnahme – durch andere Formen der Meinungsäußerung ergänzt wurden. Letztere haben ständig an Bedeutung und Organisationsfähigkeit gewonnen, ohne aber bis zum heutigen Tage die Wahlen als Mechanismus der Partizipation und der Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems zu ersetzen.<sup>1</sup>

Wahlen sind Mechanismen, mit denen Gesellschaften darüber entscheiden, wer sie regieren soll und mit denen sie die politischen Entscheidungen, die getroffen werden, legitimieren. Zugleich aber können die Gesellschaften frei dafür optieren, sich an diesem Prozess nicht zu beteiligen und die Wahlenthaltung als einen stillen Protest zu betrachten, mit dem sie ihre Unzufriedenheit ausdrücken. Dies aber impliziert eine Rückbildung der Demokratie und die Auflösung der Verklammerung zwischen der politischen und der sozioökonomischen Ordnung.

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der Wahlen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene analysiert, die in Venezuela zwischen 1988 und 2008 abgehalten worden sind. Der erste Teil bietet in Form einer Rückschau einen Überblick über die Wahlen zwischen 1947 und 1988. Im zweiten Teil werden die verschiedenen nationalen, regionalen und lokalen sowie die Parlamentswahlen von 1989 bis 2009 dargestellt. Das schließt, beginnend mit

---

1 Hier kann auf die massiven Proteste wie im "Caracazo" 1989 (siehe Anm. 6) und anderer ähnlicher späterer Ereignisse verwiesen werden, insbesondere in den Jahren 2002 und 2003, in denen sich die Unzufriedenheit von Teilen der Bevölkerung mit der Art des Regierens artikuliert hat.

1999, auch eine Analyse der Resultate der Referenden mit ein. In diesem Aufsatz geht es darum, die Kontinuitäten, den Wandel und die Transformationen im Verhalten der venezolanischen Wähler, aber auch die Beziehungen zwischen Parteien und der Ausprägung des Parteiensystems herauszuarbeiten.

### **1. Die Herausbildung des Wahlverhaltens und seine Konsolidierung: Die Wahlergebnisse zwischen 1947 und 1988**

Ende September 1936 wurde in Venezuela eine oberste Wahlbehörde geschaffen, es wurden die ersten Regeln für die Organisation und Überwachung von Wahlen etabliert und es wurden Wahlausschüsse eingerichtet. Bis 1941 wurden die Staatschefs einstimmig vom nationalen Kongress gewählt. Während der Regierung von Medina Angarita (1941-1945) haben sich die Parteien institutionalisiert. Außerdem wurde das Wahlgesetz reformiert. Während der Periode, die 1945 begann, auch bekannt als "El Trienio" (Periode von drei Jahren), wurde das Wahlsystem modernisiert, indem die indirekte Wahl des Präsidenten abgeschafft wurde und freie, direkte, allgemeine und geheime Wahlen für alle Bürger über 18 Jahren zur Regel wurden, was auch die Frauen mit einschloss. In dieser Phase begannen sich die Wählerstimmen auf zwei Parteien zu konzentrieren, was den Beginn eines Zweiparteiensystems markierte (Werz 1983).

In Venezuela wurden 1947 die ersten demokratischen und allgemeinen Wahlen abgehalten. Zum ersten Mal wählten Frauen, Analphabeten und alle Personen über 18 Jahre. Drei Präsidentschaftskandidaten stellten sich zur Wahl, von denen Rómulo Gallegos von der *Acción Democrática* (AD) mit 74,5% der Stimmen gewann. Dem nationalen Kongress gehörten 38 Senatoren der AD an, sechs dem *Comité de Organización Político Electoral Independiente* (COPEI-Socialcristiano) und deren Verbündeten und einer der *Unión Republicana Democrática* (URD). Der Abgeordnetenversammlung gehörten 83 Abgeordnete der AD, 19 der COPEI und deren Verbündeten, fünf der URD und deren Verbündeten und drei der kommunistischen Partei (PCV) an. Die zweite demokratische Wahl wurde 1958 nach dem Ende der Diktatur von Pérez Jiménez abgehalten. Von da an gab es bis 1988 ohne Unterbrechung sieben nationale Präsidentschaftswahlen zeitgleich mit parlamentarischen Wahlen. Seit 1989 wählen die Venezolaner nach einer Wahlrechtsreform in einer direkten Wahl die Gouverneure der Bundesstaaten, die Bürgermeister der autonomen Gemeinden und die Mitglieder der Gemeinderäte.

Diese Wahlen werden von den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen getrennt abgehalten.

Die Wahlen von 1958 waren von einer politischen ökonomischen Krise begleitet, die zugleich auch eine Krise des hegemonialen Modells war. Die Konstruktion einer neuen politischen Hegemonie stellte sich als ein komplexer Prozess heraus. An dieser Stelle soll nur der Moment hervorgehoben werden, bei dem sich im innenpolitischen Szenarium des Landes die Möglichkeit einer erneuten Etablierung einer repräsentativen Demokratie ergab, als Rómulo Betancourt zum Präsidenten der Republik gewählt wurde. Zu diesem Zeitpunkt kamen einige Faktoren zusammen, die in den Beginn der Institutionalisierung der Demokratie und eine neue Form der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft mündeten. Das politische System durchlief eine signifikante Neuausrichtung zwischen den verschiedenen sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Kräften, was die Marginalisierung beziehungsweise den Ausschluss jener Sektoren mit sich brachte, welcher radikale Ziele verfolgten, die die legitime politische Ordnung infrage stellten.

An dieser Wahl nahmen mit Kandidaten für das Präsidentenamt und den nationalen Kongress die AD, COPEI, URD, PCV und drei weitere politische Gruppierungen teil, die aber nur wenige Stimmen erhielten. Drei Kandidaten konkurrierten um das Präsidentenamt: Rómulo Betancourt (AD), der 49,2% der Stimmen erhielt, Wolfgang Larazábal, der von der URD, der PCV und dem *Movimiento Electoral Nacional Independiente* unterstützt wurde und 34,6% der Stimmen bekam, und Rafael Caldera (COPEI), dessen Kandidatur auch von der *Integración Republicana* und der *Partido Socialista de Trabajadores* getragen wurde und der 16,2% der Stimmen erhielt.

Den nationalen Kongress dominierte eine Koalition aus drei Parteien: AD, COPEI und URD. Diese vereinigte 175 Abgeordnete auf sich. Die PCV befand sich mit neun Abgeordneten in der Opposition.

Die Wahlen von 1963 gewann erneut der Präsidentschaftskandidat der AD, Raúl Leoni, mit 32,8% der Stimmen. Gegenüber den vorausgegangenen Wahlen hat diese Partei ihren Anteil an Wählerstimmen bei der Präsidentschaftswahl um 16,4 Punkte reduziert. Die COPEI hingegen konnte um 5% zulegen. Insgesamt gab es sieben Präsidentschaftskandidaten und neun Parteien, die die verschiedenen Kandidaten unterstützten. Die PCV stellte weder einen Kandidaten auf noch unterstützte sie einen. Die AD erlebte ihre erste Spaltung, die sie fünf Abgeordnete (von 66) und einen Senator (von 22) kostete. Sie blieb aber immer noch stärkste Kraft im Kongress, gefolgt von

der COPEI, die acht Senatoren und 39 Abgeordnete stellte. Die übrigen Parteien vereinigten auf sich 16 Senatoren und 73 Abgeordnete.

Rafael Caldera (COPEI) gewann die Präsidentschaftswahlen 1968 mit 29,13% der Stimmen. Bei dieser Wahl kam es auch zum ersten Mal zu einem Machtwechsel zwischen den Parteien. Insgesamt traten sechs Kandidaten an, die von 16 verschiedenen Parteien unterstützt wurden. Der Stimmenanteil der AD fiel weiter und lag nun bei 28,24%. Die Partei konnte ihre 66 Abgeordnetensitze halten und verlor drei Senatorensitze. Die COPEI verdoppelte ihre Senatorensitze auf 16 und konnte ihre Abgeordnetensitze (59) signifikant erhöhen. Die übrigen politischen Kräfte erhielten zusammen 17 Senatoren und 89 Abgeordnete.

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung war in diesen ersten drei Wahlen die höchste in der Geschichte der Wahlen des Landes (Grafik 1).

Molina/Pérez (1996) machen deutlich, dass sich in dieser Periode das Parteiensystem als begrenztes Mehrparteiensystem herausgebildet hat. Die hohe Wahlbeteiligung und die hohe Mobilisierung der verschiedenen politischen Kräfte war eine Reaktion zur Verteidigung der Demokratie gegen den Aufruf zur Wahlenthaltung, den verschiedene Gruppen der radikalen Linken, darunter auch die PCV, erlassen hatten.

Die Resultate dieser Wahlen belegen erstens die Herausbildung eines Parteiensystems im Zusammenhang mit der Konsolidierung der Demokratie, das durch Einschränkungen bei den Partizipationskanälen von der Gesellschaft hin zum Staat gekennzeichnet war. 1958 vereinigten AD und COPEI 64% der Stimmen auf sich, 1963 circa 53% und 1968 49,6%. Diese Konzentration der Stimmen blieb hoch trotz der Tatsache, dass neue politische Parteien sich an den Wahlen beteiligt haben. Zweitens belegen die Wahlergebnisse den Rückgang der Stimmen für die AD und den langsamen Zuwachs der Stimmen für die COPEI, und drittens zeigen sie die sogenannten "Wahlphänomene"<sup>2</sup> (Tab. 1).

In den Wahlen zwischen 1973 und 1988 etablierte sich zunächst ein offenkundiges Zweiparteiensystem zwischen AD und COPEI, die sich zusammen auf dem Höhepunkt ihrer Macht befanden. Nachfolgend aber kann man einen Wandel bei den Parteienloyalitäten erkennen. Die Zahl der Wechselwähler nahm zu, neue politische Kräfte machten sich bemerkbar, das Zweiparteiensystem wurde geschwächt und unabhängige Positionen gewannen an Bedeutung.

---

2 Gemeint ist damit der relative Erfolg von Kandidaten, die als Außenseiter galten und die nicht auf eine starke parteipolitische Unterstützung bauen konnten (A. Boeckh, Übers.).

In diese Zeit fällt eine starke Konzentration der Stimmen, die AD und COPEI bei Parlamentswahlen auf sich vereinigen konnten. Bei den Wahlen von 1978 waren es 79,5%, ein Ergebnis, das nur bei den Wahlen von 1947 (87,8%) übertroffen wurde. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielten die Kandidaten von AD und COPEI zusammen im Jahr 1988 93,3% der Stimmen, was die zweithöchste Konzentration in der gesamten Wahlgeschichte des Landes darstellt. Die höchste Konzentration gab es bei beiden Parteien bei den Wahlen von 1947 (96,9%) (Tab. 1 und 2).

Bei den Wahlen von 1973 gab es 12 Präsidentschaftskandidaten und 19 Parteien, die diese unterstützten. Carlos Andrés Pérez (AD) wurde mit 48,7% der Stimmen zum Präsidenten gewählt. Der Nationalkongress setzte sich aus 28 Senatoren der AD, 13 der COPEI und zwei des MAS zusammen, wobei Letzterer eine neue politische Kraft darstellte, die bei diesen Wahlen zum ersten Mal angetreten ist. Die Sitze im Abgeordnetenhaus teilten sich wie folgt auf: 103 Sitze gingen an die AD, 64 an die COPEI, neun an den MAS und 31 Abgeordnete an andere politische Kräfte.

Bei den Wahlen von 1978 beteiligen sich 16 politische Parteien und es traten zehn Kandidaten für das Präsidentenamt an. Diesmal gewann der Kandidat der COPEI mit 47% der Stimmen. Sowohl AD als auch COPEI erhielten 21 Senatorensitze, während der MAS seine zwei Sitze halten konnte. Im Abgeordnetenhaus blieb die AD mit 88 Abgeordneten die Mehrheitsfraktion, gefolgt von COPEI mit 84 Abgeordneten und dem MAS mit elf Abgeordneten. Die anderen Parteien vereinigten elf Abgeordnete auf sich.

Im Juni 1979 fanden die Gemeindewahlen getrennt von den nationalen Wahlen statt.<sup>3</sup> Dort gewann die COPEI 49% der Stimmen, die AD 30% und der MAS 10%.

Die Präsidentschaftswahlen von 1983 gewann der Kandidat der AD mit 57% der Stimmen. Insgesamt traten 13 Kandidaten an, die von 27 Organisationen unterstützt wurden. Im Kongress saßen 28 Senatoren der AD, 14 der COPEI und zwei des MAS. Die Abgeordnetenkammer setzte sich aus 113 Vertretern der AD, 60 der COPEI, zehn des MAS und 17 aus acht anderen Parteien zusammen.

Im Jahr 1984 fanden zum ersten Mal Gemeinderatswahlen statt. Die AD vereinigte 52% der Stimmen auf sich, die COPEI 22% und der MAS 7%; die restlichen Stimmen verteilten sich auf fünf kleine politische Parteien.

---

3 Die ersten Gemeindewahlen Venezuelas wurden 1947 abgehalten.

Bei den Wahlen von 1988 gab es wie bei denen von 1963 keinen Machtwechsel zwischen den beiden großen Parteien. Es traten 24 Präsidentschaftskandidaten an, die von 33 politischen Parteien unterstützt wurden, darunter zum ersten Mal auch eine Frau. Carlos Andrés Pérez (AD) gewann die Präsidentschaft zum zweiten Mal (53%) mit einem Vorsprung von 13% gegenüber dem Kandidaten der COPEI (40%). Diese beiden Kandidaten vereinigten 93% der gültigen Stimmen auf sich und ihre Parteien gewannen zusammen 74% der Parlamentssitze. Die AD erhielt 22 Senatorensitze, der COPEI 20, der MAS im Verbund mit den *Movimiento Revolucionario de Izquierda* (MIR) drei, und eine neue politische Organisation, die *Nueva Generación Democrática* (NGD) einen Sitz. In der Abgeordnetenkammer stellte die AD 97 Abgeordnete, der COPEI 67, MAS-MIR 18, die NGD sechs. Elf Abgeordnetensitze verteilten sich auf kleinere politische Parteien.

1989 kam es zu einer bedeutsamen Wahlrechtsreform im Rahmen der Dezentralisierung. Von nun an war es möglich, die Gouverneure der Bundesstaaten, die Bürgermeister von Städten und die Mitglieder von Gemeinderäten direkt zu wählen.<sup>4</sup> Diese Änderung der Wahlgesetzgebung verstärkte die Personalisierung der Wahlentscheidung und ermöglichte die Entstehung regionaler Führer unabhängig von den traditionellen nationalen Führern. Diese Reform machte die Dynamik des Parteiensystems viel komplexer und änderte diese zweifellos, vor allem im Hinblick auf die Verteilung und Legitimation von Macht. Die beiden traditionellen Parteien haben die Dynamik dieser Reform nicht verstanden, die darauf hinauslief, dass die Macht mit anderen politischen Kräften geteilt werden musste, was das bisherige Wahlverhalten der Venezolaner gründlich veränderte. Auf der anderen Seite trug der Prozess der Dezentralisierung in den ersten Jahren seiner Implementierung dazu bei, die internen Widersprüche in den Parteien offen zu legen, die Führungsrolle der nationalen Führer zu reduzieren und zugleich politische Ambitionen zu wecken, die sich auf der regionalen und lokalen Ebene auch außerhalb der Parteien artikulieren konnten, was zu einer Umorientierung der parteipolitischen Loyalitäten beigetragen hat (Carrasquero/Welsch 1989; Sonntag/Maingon 1990).

---

4 Obwohl diese Art von Wahlen schon in der Verfassung von 1961 als Möglichkeit vorgesehen war, wurden die administrative Dezentralisierung und die Dezentralisierung der politischen Macht als Mittel der Stärkung der Zivilgesellschaft erst im Kontext der Diskussion um die Staatsreform vorangebracht (siehe den Beitrag von Ivo Hernández in diesem Buch).

In den regionalen und lokalen Wahlen von 1989 haben AD und COPEI die Mehrzahl der Ämter besetzt: 17 von insgesamt 20 Gouverneursposten und 73% der Bürgermeisterämter. In den Regionalwahlen von 1992 erhielten beide Parteien dieselbe Anzahl an Gouverneursposten, diesmal allerdings bezogen auf 22 Einheiten,<sup>5</sup> und 65% der Bürgermeisterämter (Tab. 3 u. 4).

Die durchschnittliche Wahlenthaltung während dieser vier Wahlgänge lag bei 11,6%, seit den Wahlen von 1973, bei der sie ihren historischen Tiefstand (4%) erreicht hatte, nahm sie jedoch zu. Bei den Wahlen von 1988 erreichte sie 18%. Bei den regionalen lokalen Wahlen war die Wahlenthaltung sehr hoch. Im Durchschnitt lag sie bei den ersten drei Wahlen zwischen 1979 und 1989 bei 43% (Grafik 1 u. 2).

## **2. Die Wahlen von 1993 und 1998: Der Beginn des Wandels und der Transformationen**

Die Präsidentschaftswahlen von 1993 wurden allgemein im Kontext der sozialen Rebellion gesehen, die eine Reaktion auf den Verlust des Traums vom "großen Venezuela" darstellte und die ihren Ausdruck im "Caracazo" im Jahre 1989<sup>6</sup> und der militärischen Erhebungen vom 4. Februar und 27. November 1992 fanden. In diesen Ereignissen drückte sich das allgemein empfundene soziale, politische und wirtschaftliche Unbehagen aus und sie stellten den Beginn einer wachsenden und permanenten sozialen sowie politischen Konfrontation dar (Maingon 1995). Auf der anderen Seite bedeutete diese Wahl den Beginn einer soziopolitischen Transition, als der Gründer der COPEI sich entschloss, diese Partei zu verlassen und sich als unabhängiger Kandidat zu präsentieren, der von verschiedenen Bewegungen und kleinen Parteien aus dem linken Spektrum unterstützt wurde.

Zwischen den Wahlen von 1988 und 1993 gab es sowohl bezüglich des Wählerverhaltens wie auch des Parteiensystems bedeutsame Veränderungen. Alle Wahlen von 1947 bis 1988 haben die Präsidentschaftskandidaten der AD oder der COPEI gewonnen. Bei den Wahlen von 1993 traten 18 Kandi-

---

5 Im Jahre 1989 wurden nur die Gouverneure von 20 Bundesstaaten gewählt; ab 1992 kamen zu diesem noch zwei föderale Territorien hinzu, und 1998 gab es auch Gouverneurswahlen im Bundesstaat Vargas.

6 Als "Caracazo" wurde ein spontaner Aufstand in den Armenvierteln von Caracas und einigen anderen Großstädten bezeichnet, der vom 27.-28. Februar 1989 stattfand und der von einer abrupten Erhöhung der Fahrpreise bei Kleinbussen ausgelöst worden war. Der Aufstand war von massiven Plünderungen begleitet. Seine Niederschlagung durch Polizei und Militär hat allein in Caracas schätzungsweise 1.000 Menschen das Leben gekostet (A. Boeckh, Übers.).

daten gegeneinander an, darunter auch zwei Frauen, die von 47 politischen Organisationen unterstützt wurden. Bei diesen Wahlen gewann der Kandidat eines neuen politischen Wahlbündnisses unter dem Namen *Convergencia*. Aber dieser Kandidat stellte eine Ausnahmeerscheinung dar insofern, als er einer der Gründer der COPEI und bis ein Jahr vor der Wahl ihr Vorsitzender war: Rafael Caldera. Dies wurde seine zweite Präsidentschaft. In der Verteilung der Stimmen zum Kongress drückte sich ebenfalls ein Wandel im Wählerverhalten aus. Zum ersten Mal übertrafen andere Parteien den kombinierten Stimmenanteil von AD und COPEI. Ferner zeigte sich der Wandel im wachsenden Stimmenanteil der Linken, die bis zu diesem Zeitpunkt bei den Wahlen eine marginale Rolle gespielt hatten. Die *Causa R* (LCR), eine Partei der Linken, die bis zu diesem Zeitpunkt im Parlament nicht vertreten war, erhielt 49 Sitze. Ein weiterer Indikator für den Zusammenbruch des Systems war die Zunahme der Wahlenthaltung auf mehr als das Doppelte im Vergleich zu den Wahlen von 1988 auf ungefähr 40%. Dem nationalen Kongress gehörten 18 Senatoren der AD, 15 der COPEI, zehn der Allianz aus MAS und *Convergencia* und neun der LCR an. In der Abgeordnetenkammer saßen 55 Mitglieder der AD, 54 der COPEI, 40 der LCR, 26 des MAS und 24 der *Convergencia*.

Im Dezember 1995 wurden das fünfte Mal regionale und lokale Wahlen abgehalten. AD und COPEI stellten zusammen 15 Gouverneure (zwölf bzw. drei), und vereinigten 56% der Bürgermeisterämter auf sich. Der MAS stellte in vier Bundesstaaten den Gouverneur und die anderen drei Organisationen gewannen je einen Gouverneursposten. Der Rest dieser Ämter teilte sich mehrheitlich zwischen vier politischen Parteien (30%) und anderen kleineren Gruppen (14%) (Tab. 3 u. 4).

Das Resultat der regionalen und lokalen Wahlen von 1995 bietet Einblicke in den Dezentralisierungsprozess, der in Venezuela Ende 1989 eingeleitet worden ist. In diesem Sinne kann man Anzeichen für eine neue, allerdings noch unstetige politische Orientierung feststellen. Eines davon war die Tendenz für ein verändertes Wählerverhalten. Allem Anschein nach begann der Wähler, die lokalen Wahlen nach einem Kosten/Nutzenkalkül einzuschätzen. Nicht mehr das parteipolitische Profil war für die Wahlentscheidung wichtig, sondern eine Ökonomie des Wahlverhaltens, bei der es darum ging, die Amtsinhaber durch Belohnung beziehungsweise Bestrafung zu einer verantwortungsvollen und effizienten Amtsführung anzuhalten. Ferner konnte man beobachten, dass die Auflösung von parteipolitischen Bindungen neuen politischen Optionen zugute kam. Dies war vermutlich nicht nur



auf eine Schwächung der Loyalität gegenüber den traditionellen Parteien zurückzuführen, sondern auch und vor allem auf einen bedeutsamen Wandel der Struktur der politischen Präferenzen. Schließlich und endlich trat bei den letzten regionalen und lokalen Wahlen eine beachtliche Anzahl von Kandidaten auf, bei denen es sich um pensionierte Militärs handelte (elf Kandidaten, von denen die Mehrzahl an den militärischen Putschversuchen des Jahres 1992 teilgenommen hatte). Dies wurde vor allem mit dem Wahlsieg von Arias Cárdenas bei den Gouverneurswahlen im Bundesstaat Zulia symbolisiert, einem Gefährten von Hugo Chávez Frías beim ersten Putschversuch im Jahre 1992. Dieser Triumph konnte auf die Hoffnung von Teilen der Wähler auf eine neue und starke Führerfigur zurückgeführt werden (Maingon/Patruyo 1996).

1998 wurden die Wahlen für das Präsidentenamt, das Parlament und die regionalen und lokalen Wahlen getrennt abgehalten. Im November wurden die Gouverneure sowie die Mitglieder des Kongresses gewählt, im Dezember der Präsident der Republik, und die lokalen Wahlen wurden auf das nächste Jahr verschoben. Es traten elf Kandidaten an – darunter eine Frau –, die von insgesamt 31 politischen Organisationen unterstützt wurden.

Die Resultate der letzten Wahlen des 20. Jahrhunderts in Venezuela waren Teil eines sozialen und politischen Wandlungsprozesses, der sich schon seit einiger Zeit abspielte und in dem neue und andersartige Formen der Politik sichtbar wurden, die sich mit den traditionellen vermischten. Seit den Regionalwahlen von 1989 lässt sich ein politisches Verhaltensmuster beobachten, das durch programmatische Allianzen gekennzeichnet ist. Die Organisationen, die Kandidaten für verschiedene regionale Ämter aufstellen, suchen Allianzen zu schließen, ohne ideologische oder programmatische Elemente zurückzufahren. AD und COPEI gewannen zusammen elf Gouverneursposten. Gegenüber 1995 verlor die AD fünf Bundesstaaten.

Es bildete sich eine neue nationale Allianz unter dem Namen "Patriotischer Pol" (PP), in der sich verschiedene Organisationen und Parteien zusammenfanden, die die Kandidatur von Hugo Chávez unterstützten. Die wichtigsten Teilnehmer dieser Allianz waren der MAS, *Patria para Todos* (PPT – Vaterland für alle), *Quinta República* (MVR – Fünfte Republik), die Kommunistische Partei (PVC) und das *Movimiento Electoral del Pueblo* (MEP – Wahlbewegung des Volkes). Dieses Bündnis gewann zehn Gouverneursposten, allerdings mit wechselnden Koalitionen, die im einen Falle eine Allianz zwischen LCR und COPEI beinhaltete. Die Wiederwahl von Arias Cárdenas zum Gouverneur in Zulia geschah mit den Stimmen von COPEI.

Der PP gewann die Gouverneursposten in den Bundesstaaten mit der größten Bevölkerungsdichte. Die Koalitionen und Allianzen, die sich bei diesen Wahlen bildeten, können als deutliches Symptom für die Schwächung der traditionellen Parteien interpretiert werden, was die COPEI mehr betraf als die AD. Gleichzeitig wurden die alten Parteien von den neuen, gerade entstehenden politischen Bewegungen kopiert (Maingon/Sonntag 1998). Wie sich die politische Landkarte in den Bundesstaaten verändert hat, kann man der Tabelle 3 entnehmen.

Die Resultate der Parlamentswahlen ergeben ein genaues Bild über die Parteienpräferenzen der Wähler, ihrer Identifikation und Loyalität gegenüber den traditionellen Parteien, und sie zeigen auch die Stärke der jeweiligen Parteien auf nationaler Ebene. Die Resultate dieser Wahlen machen eine Streuung der Stimmen zwischen acht oder mehr politischen Organisationen deutlich. Die AD war die größte Minderheitspartei im Kongress und dies sowohl in der Abgeordnetenversammlung wie im Senat. AD und COPEI zusammen erhielten 36% aller Stimmen, was parlamentarische Allianzen nötig machte, um Entscheidungen zu treffen, Verhandlungen zu strukturieren und die Regierungsfähigkeit zu gewährleisten. Dies geschah in einer Atmosphäre des Konflikts, bei dem die aufstrebenden Kräfte im Parlament ausgeschlossen wurden. Ab den Wahlen von 1988 nahm dann die Hegemonie der beiden großen Parteien stetig ab.

In diesen Wahlen führte das Wahlverhalten zu einer extremen Ausdifferenzierung und Atomisierung der Parteien, was sich negativ auf die Repräsentativität des Kongresses auswirkte, die Verantwortlichkeit der Parteien gegenüber den Bürgern einschränkte und dazu beitrug, dass jeder Parlamentarier letztendlich nur im Eigeninteresse handelte. Dies förderte die Tendenz zu einer weiteren Schwächung der Parteien, was zugleich auch zur Fragmentierung und Atomisierung der kleinen Parteien beitrug, ohne dass dies irgendetwas mit einer größeren ideologischen Streuung zu tun gehabt hätte oder mit einer Vertiefung der Demokratie. Dieses Wahlverhalten betraf nicht nur die traditionellen Parteien, sondern auch die aufstrebenden politischen Kräfte (Maingon/Sonntag 2001).

Die zweite Wahl des Jahres 1998 war die Präsidentschaftswahl. Dies war das erste Mal, dass allein für die Besetzung eines Amtes gewählt wurde. Hierfür und für die Regionalwahlen wurden strategische Allianzen gebildet. Von den elf Kandidaten, von denen eine Kandidatin eine ehemalige "Miss Universum" und vier Kandidaten pensionierte Militärs waren, einer davon der Gewinner dieser Wahl, wurden sieben allein von den Parteien unter-

stützt, aus denen sie entstammten. Zum ersten Mal wurde als Präsident der Republik ein Kandidat gewählt, der den Streitkräften entstammte, und zum ersten Mal stellten weder AD noch COPEI eigene Präsidentschaftskandidaten auf. In offenkundiger Abgrenzung zum "Patriotischen Pol" gründeten sie einen "Demokratischen Pol". Fünf Tage vor den Präsidentschaftswahlen zog die AD ihren Kandidaten zurück und beschloss, zusammen mit COPEI die Kandidatur des unabhängigen Kandidaten Salas Römer zu unterstützen.

Die beiden Kandidaten mit den größten Siegeschancen waren Hugo Chávez und Salas Römer. Letzterer richtete seine Diskurse vor allem an die unabhängigen Wähler und sein zentrales Thema drehte sich um die Dezentralisierung. Er versuchte, sich während der ganzen Kampagne von den traditionellen politischen Parteien abzusetzen, über die er sehr abschätzig sprach, was seinem Diskurs einen deutlich apolitischen Charakter gab.

Der Wahlkampf von Chávez und des Patriotischen Pols drehte sich um eine neue Verfassung, mit der die politischen und verfassungsmäßigen Institutionen des Staates transformiert werden sollten. Damit wurden die Neugründung der Republik und eine partizipative Demokratie angestrebt. Von der neuen Verfassung wurde erwartet, dass sie den gewandelten politischen, ökonomischen und sozialen Realitäten der Nation gerecht werden sollte.

Hugo Chávez gewann die Wahl mit 56% der Stimmen und verdrängte damit politische Organisationen, die lange Zeit in der Gesellschaft verwurzelt gewesen waren. Die traditionellen politischen Parteien standen vor dem Abgrund. Wie man in Grafik 1 sehen kann, ging bei diesen Wahlen gegenüber der früheren Wahl die Wahlenthaltung um 3,3% von 39,8% auf 36,5% zurück.

Der Wahlsieg von Chávez kann als Ausdruck der Erwartungen verstanden werden, die sich seit dem Ende der 1980er Jahre auf einen politischen Wandel richteten und die seit den Wahlen von 1993 an Kraft gewonnen haben. Mit der Schwächung und der Delegitimierung des Parteiensystems begann ein Zyklus, bei dem die Personalisierung von Politik und die Schwächung von politischen Organisationen Hand in Hand gingen, was noch durch eine antipolitische Praxis verstärkt wurde. Die Kombination aus Personalismus und Parteienfeindlichkeit führten dazu, dass politische Optionen nicht mehr sichtbar waren und dass Sprunghaftigkeit des Wählerverhaltens zunahm, was den Aufstieg von Außenseitern erleichterte (Patruyo 2005: 378-380).

Insgesamt haben die Wahlen von 1998 einen definitiven Wandel beim Wahlverhalten der Venezolaner gezeigt, was ihre bisherige Neigung anging,

eine der beiden traditionellen Parteien zu wählen und parallel dazu einen ihrer Kandidaten. Bei diesen Wahlen ging der Anteil von AD und COPEI an den Wahlämtern zurück, während der von anderen Organisationen zunahm. 1989 gewannen die politischen Parteien, die nicht zu den traditionellen Parteien zu zählen waren, 27% der regionalen und lokalen Ämter; 1998 waren es 58%. Ein ähnlicher Prozess zeigt sich bei den Präsidentschaftswahlen: 1993 gewannen AD und COPEI zusammen 46% der Stimmen und 1998 kamen andere politische Parteien auf 89%.

Die Folge von alledem war eine typische Krise der Repräsentativität und der Identifikation der Bürger mit den traditionellen Parteien, die sich mit der Unfähigkeit eben dieser Parteien verband, neue Ideen zu entwickeln, mit denen sich die verschiedenen Sektoren der Bevölkerung hätten mobilisieren lassen. Das Wahlergebnis zeigt uns, dass die gewählten Volksvertreter aufgehört hatten, die Interessen ihrer Wähler zu repräsentieren. Diese blieben stattdessen außerhalb des Parteiensystems. Die politischen Parteien wurden zunehmend von der Basis ihrer Wähler isoliert, sie verloren aktive Mitglieder, die Parteienidentifikation ging zurück und die politischen Aktivitäten wurden zunehmend subjektiv, personalistisch und ohne ideologischen Inhalt. Auf Seiten der Bürger verlor der öffentliche Raum an Bedeutung; es setzte eine Demobilisierung ein, neue Akteure und politische Bewegungen wurden unterstützt, und das alles verband sich mit einer Neuorientierung des Wahlverhaltens. Wie zu erwarten war, haben diese Wandlungsprozesse auch Transformationen in den politischen Parteien, im Wahlverhalten und in der Art und Weise hervorgebracht, wie Politik gemacht wurde.

### **3. 1999: Jahr der Verfassungsgebung**

Das zentrale Thema des Wahlkampfes von Hugo Chávez Frías während des Jahres 1998 war die Verfassungsreform, die von einer nationalen verfassungsgebenden Versammlung (ANC) ausgearbeitet werden sollte. Von Seiten der Regierung wurde zum ersten Mal in der Verfassungsgeschichte des Landes ein konsultatives Referendum vorbereitet, bei dem sich die Bevölkerung zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung äußern konnte. Dieses Referendum wurde am 25. April abgehalten; die Wahlenthaltung betrug 62%. Am 25. Juli wurden die 131 Mitglieder der ANC gewählt. Drei von ihnen waren Repräsentanten der indigenen Ethnien, 24 nationale Repräsentanten und 104 regionale. Bei diesen Wahlen traten insgesamt 1.169 Kandidaten an. 50% davon präsentierten sich als unabhängige Kandidaten, die auf eigene Initiative angetreten waren, 21% gehörten zum PP, 15% wa-

ren pensionierte Militärs, 9% waren Frauen und 6% wurden als Anhänger einer bestimmten Religion gewählt.

Das Resultat dieser Wahl bedeutete einen überwältigenden Sieg der Kandidaten des PP, der 121 Sitze (94%) gewann. Die Wähler waren mehrheitlich dem Aufruf von Präsident Chávez gefolgt, seine Kandidaten zu unterstützen. Die Wahlenthaltung machte sich wieder stark bemerkbar und betrug 54%.

Die Zeit, die für die Bearbeitung der neuen *Magna Carta* vorgesehen und die auch in den Statuten der ANC festgeschrieben war, betrug 180 Tage. Aber in weniger als 120 Tagen wurde dem Präsidenten der Entwurf der Verfassung vorgelegt, über die dann in einer Volksabstimmung befunden werden sollte. Bei diesem Referendum, das am 15. Dezember stattfand, wurde die neue Verfassung mit einer Mehrheit von 72% angenommen. Die Wahlenthaltung lag bei beachtlichen 56% (Maingon/Sonntag 2000).

#### **4. Die Wahlen zwischen 2000 und 2009: Kontinuität und Wandel**

In Erfüllung des Verfassungsauftrags wurden dann im Jahr 2000 alle öffentlichen Ämter neu legitimiert. Zunächst waren die Wahlen auf den 28. Mai einberufen worden; sie mussten jedoch aus technischen Gründen um zwei Monate verschoben werden. Die Wahlen wurden in zwei Phasen aufgeteilt: Am 30. Juli fanden die Präsidentschaft-, Parlaments- und Regionalwahlen statt und am 6. Dezember desselben Jahres die lokalen Wahlen.

Diese Wahlen enthielten neue Elemente, die den Wahlprozess zum kompliziertesten in der venezolanischen Geschichte machte. Das bezog sich nicht nur auf die Zahl der zu besetzenden Ämter, sondern es wurden auch – und dies war ein Resultat der in der Verfassung von 1999 eingeführten Änderungen – die aktiven Militärs als Wähler zugelassen, und darüber hinaus mussten indigene Wähler und deren Repräsentanz besonders berücksichtigt werden. Außerdem gab es einen wichtigen Rückschritt zu verzeichnen, der mit dem Anteil der Frauen auf den Kandidatenlisten der Parteien zu tun hatte. Im Artikel 144 des im Jahre 1997 beschlossenen Wahlgesetzes war ein Anteil von 30% weiblicher Kandidaten auf den Listen festgelegt. Dieser Artikel, wie Huggins zeigt, wurde im März 2000 “durch eine administrative Entscheidung außer Kraft gesetzt [...]” (2005: 416). Die Wahlen in diesem Jahr wurden “ohne Berücksichtigung der Ungleichheit der Frauen auf den Kandidatenlisten und bei den zu besetzenden Ämtern” durchgeführt. Seit der Verabschiedung des Quotengesetzes wurden in Venezuela die entsprechenden Bestimmungen nur in den Wahlen von 1998 angewandt, in denen die in

den Kongress gewählten Frauen 12% der Mitglieder der Abgeordnetenversammlung stellten; 1993 waren es noch 6% gewesen. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahr 2000 wurden 17 Frauen gewählt, was einen Anteil von 10% an der Gesamtzahl der Abgeordneten darstellte (Huggins 2005).

In der Präsidentschaftswahl im Juli wurde Chávez mit 60% der Stimmen wiedergewählt. Die Wahlenthaltung stieg gegenüber den Wahlen von 1998 um 7% und lag bei 43,7%, was die höchste Wahlenthaltung bei Präsidentschaftswahlen war. Es traten drei Kandidaten gegeneinander an, die von 17 politischen Gruppierungen unterstützt wurden. Bei den Parlamentswahlen gewannen der MVR und dessen Verbündete 52% der Stimmen, was ihnen 102 der 165 Sitze in der Nationalversammlung verschaffte (62%).<sup>7</sup> Zugleich gewann die Koalition der Parteien, die Chávez unterstützten, 17 Gouverneursposten. AD und COPEI erhielten zusammen drei (Tab. 3).

Der zweite Teil des Wahlprozesses waren die lokalen Wahlen, die im Dezember 2000 abgehalten wurden. An ihnen nahmen weniger Wähler teil als je zuvor; lediglich 24% der eingeschriebenen Wähler machte sich die Mühe, zur Wahl zu gehen, und dies, obwohl in lokalen Wahlen die Beteiligung der Bürger ein fundamentales Element für die Ausübung öffentlicher Ämter darstellt, zumal die Distanz zwischen Staat und Bürger, zwischen ihm und den Entscheidungen, sehr gering ist, die seinen Alltag und den seiner Gemeinde unmittelbar berühren. AD und COPEI erhielten 42% der Ämter, der MVR und dessen Verbündete 35%; andere politische Gruppierungen kamen auf 24% (Tab. 4).

Zwischen den Wahlen zur Re-Legitimierung der Amtsträger im Jahr 2000 und den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 fanden folgende Abstimmungen statt: ein Referendum zur Abberufung des Präsidenten sowie regionale Wahlen im Jahr 2004, lokale Wahlen im Jahr 2005 (Gemeinden und Bezirke) und Parlamentswahlen im Jahr 2005. Im Schnitt lag die Wahlbeteiligung bei 43%, wobei die Präsidentschaftswahlen die geringste Wahlenthaltung aufwiesen (31%) und die Parlamentswahlen die höchste (75%).

Das Abberufungsreferendum vom August 2004 bestätigte den Präsidenten mit 59% der Stimmen. Für die Abberufung stimmten circa 40%. Im selben Jahr wurden die Regionalwahlen abgehalten, in denen die Koalition, die den MVR unterstützte, 21 von 23 Gouverneurssitzen gewann. Bei diesen Wahlen gewann die AD einen Gouverneurssitz, die COPEI keinen.

---

7 In der Nationalversammlung wurde die Zahl der Abgeordneten von 207 auf 165 reduziert. Der Senat war in der neuen Verfassung ganz abgeschafft.

Die letzten Parlamentswahlen in Venezuela im Jahr 2005 fanden unter ganz besonderen Umständen statt insofern, als fünf Tage vor der Wahl alle Kandidaten der Opposition ihre Kandidatur zurückgezogen. Dies geschah mit der Begründung, dass der nationale Wahlrat nicht die geringste Gewähr für geheime Wahlen bot. Außerdem gab es Mutmaßungen über Wahlbetrug. Man kann daher sagen, dass zum ersten Mal die Nationalversammlung von einem politischen Lager monopolisiert wurde. Der MVR erhielt 114 von 167 Sitzen, gefolgt von PODEMOS mit 15, PPT mit elf und der Kommunistischen Partei mit acht Sitzen. Organisationen, die den sogenannten "Bloque del Cambio-MVR" unterstützen, stellten 19 Abgeordnete. Alle politischen Organisationen, die Kandidaten ins Parlament entsandten, gehörten dem MVR und dessen Verbündeten an.

Chávez gewann die Präsidentschaftswahl im Dezember 2006 mit 62,9% der abgegebenen Stimmen. Er wurde von 24 politischen Organisationen und Wählergruppen unterstützt. Davon vereinte der MVR 42% der Stimmen auf sich, drei weitere Organisationen erzielten 15% der Stimmen (PODEMOS 6,5%, PPT 5,1% und die Kommunistische Partei 2,9%). Die restlichen 20 Organisationen erzielten 7%. Diese Resultate bestätigten die Tendenzen, die sich bei den Wahlen von 2000 und beim Abberufungsreferendum im Jahre 2004 schon abgezeichnet hatten.

Der Einheitskandidat des größten Teils der Opposition, Manuel Rosales, vereinigte circa 37% auf sich, drei Prozentpunkte weniger, als die Opposition beim Abberufungsreferendum erzielt hatte. 43 Parteien beteiligten sich in der Allianz der Opposition, von denen drei Gruppierungen insgesamt 20,8% der Stimmen auf sich vereinten: *Un Nuevo Tiempo* (UNT) 13,4%, *Primero Justicia* (PJ) 11,2%, und COPEI 2,2%. Die übrigen 40 Organisationen erzielten 10%. Aus diesen Organisationen kamen zwölf weitere Kandidaten, darunter vier Frauen. In diesen Präsidentschaftswahlen stieg die Wahlbeteiligung auf 75% an.

Im Jahr nach der Präsidentschaftswahl von 2006 hat die Regierung eine Verfassungsreform auf den Weg gebracht, bei der 69 Artikel der Verfassung von 1999 verändert werden sollten. Mit dieser Reform war beabsichtigt, das sozialistische Projekt der Regierung voranzubringen und zu stärken. Zur selben Zeit wurde die Gründung einer Einheitspartei, der *Partido Socialista Unido de Venezuela* (PSUV) angekündigt. Der MVR, auf den sich Chávez seit den Wahlen von 1998 gestützt hatte, sollte verschwinden. Im Dezember 2007 wurde das Referendum über die Verfassungsreform abgehalten. Zum ersten Mal seit zehn Jahren musste die Regierung eine Niederlage einste-

cken. Die Kräfte der Opposition erzielten 50,9%, die Regierung 49,3%. Die Stimmenthaltung belief sich auf 37,5% und lag damit 7% über der Wahlenthaltung bei dem Abberufungsreferendum von 2004.

Bei den regionalen und lokalen Wahlen Ende 2008 stieg die Wahlbeteiligung auf 65,4%. Die Anhänger der Regierung gewannen 17 Gouverneursposten, vier weniger als 2005. Sie vereinigten 52,7% der Stimmen auf sich, wohingegen die Opposition die Gouverneursposten halten konnte, die sie in den früheren Wahlen gewonnen hatte, und noch drei hinzugewann. Die Opposition erhielt 41,7% der Stimmen. Sie gewann darüber hinaus vier von fünf Bürgermeisterämtern, die zur metropolitanen Zone von Caracas zählten, sowie das Bürgermeisteramt dieser Stadt selbst, wobei sie auf dieser Ebene 42,6% der Stimmen auf sich vereinigte. Die Anhänger der Regierung hingegen gewannen 263 Bürgermeisterämter, was ca. 82% der zu vergebenden Posten darstellte. Ihr Stimmenanteil betrug 49,5% (Tab. 3 u. 4).

Am 15. Februar 2009 wurde das fünfte Referendum in zehn Jahren abgehalten. Es wurde in Form einer Verfassungsreform von Präsident Chávez selbst in Gang gesetzt, in der eine unbegrenzte Wiederwahl für die nachfolgend genannten staatlichen Funktionäre vorgeschlagen wurde: der Staatspräsident, die Gouverneure, die Bürgermeister, die nationalen Abgeordneten, die Gemeinderäte und alle anderen Angehörigen von gesetzgebenden Versammlungen auf regionaler und lokaler Ebene. Nach einer außerordentlich kurzen Kampagne wurde der Vorschlag der Regierung mit 55% der Stimmen angenommen. Die Wahlenthaltung belief sich auf 30% (Grafik 3).

Nach dem Ende der Amtsperiode des 2005 gewählten Parlaments wurden im September 2010 Parlamentswahlen auf der Grundlage eines neuen Wahlgesetzes abgehalten, das eine substantielle Modifikation der seit 1997 gültigen Regeln herbeiführte.<sup>8</sup> Die Regierungspartei erhielt 98 von 165 Sitzen (59,4%) mit einem Stimmenanteil von 48,3% (5.460.231 Stimmen). Die Opposition, die zwölf politische Gruppierungen umfasste, die eine gemeinsame Liste gebildet hatten, stellte 65 Abgeordnete (39,4%) mit einem Stimmenanteil von 47,2% (5.334.309 Stimmen). Die Partei *Patria Para Todos* (PPT), die sich unabhängig von der Regierungspartei zur Wahl gestellt hatte,

8 Das 2009 verabschiedete Wahlgesetz läuft der seit 1958 etablierten venezolanischen Tradition des Verhältniswahlrechts zuwider. Zudem schließt es die Sitzvergabe nach einem nationalen Verteilungsschlüssel aus, was zu Verzerrungen führt, die der Mehrheitspartei absichtlich zu einer Überrepräsentation verhelfen. Das Gesetz erlaubt zudem die Modifizierung der Kriterien bei der Wahlkreiseinteilung bis zu dem Extrem, dass diese mit den politisch-administrativen Strukturen nichts mehr zu tun hat. Das ist auch als „gerrymandering“ bekannt (Briceño 2010).



gewann zwei Abgeordnete (1,2%) mit einem Stimmenanteil von 3% (364.377 Stimmen). Andere kleine politische Gruppierungen erhielten einen Stimmenanteil von 1,4% (159.377 Stimmen). Insgesamt wurden 11.309.145 gültige Stimmen abgegeben.<sup>9</sup> Die Opposition erhielt die meisten Stimmen in den stark bevölkerten Regionen des Landes. In der nächsten Nationalversammlung werden 14 nationale und regionale Parteien vertreten sein. Bei den Wahlen zum Lateinamerikanischen Parlament stellten diejenigen, welche den Präsidenten unterstützten, sieben Abgeordnete mit 47% der Stimmen (5.268.939 Stimmen). Die oppositionellen Kräfte stellten fünf Abgeordnete mit ca. 45% der Stimmen (5.077.043 Stimmen). Die Wahlbeteiligung belief sich bei diesen Wahlen auf ca. 66%.

### **5. Schlussbetrachtung: einige Merkmale der Wahlen in Venezuela**

Seit dem Sturz der Diktatur von Pérez Jiménez im Jahr 1958 bis zum Dezember 1988 zeichneten sich die Wahlen in Venezuela durch eine hohe Wahlbeteiligung aus. Diese sieben Wahlen hatten als Fundament die Anerkennung des "Paktes von Punto Fijo", in dem unter anderem die Anerkennung der Wahlergebnisse, ein Konsens bezüglich der Regierungsform und Modalitäten der Regionsabfolge festgelegt waren. Im Großen und Ganzen stellte dies ein Entwicklungsmodell dar, in dem die politische Demokratie und der Kapitalismus erfolgreich im Rahmen einer sozial akzeptablen Stabilität koexistierten.

Die Rente, die aus dem Export des Erdöls resultierte, trug seit der Etablierung der repräsentativen Demokratie im Jahr 1958 dazu bei, die sozialen Konflikte abzumildern. Zugleich stellten die politischen Parteien die einzigen Kanäle der Partizipation dar. Ausschließlich sie fungierten als intermediäre Organisation zwischen der Gesellschaft und dem Staat. Die Krise, die Venezuela seit dem Ende der 1970er Jahre durchlebte, wurde auf das Konto der Unfähigkeit des Staates verbucht, die Verteilung der Ölrente als Mechanismus der sozialen Koordination einzusetzen. Verteilung heißt hier, dass die üppigen Staatseinnahmen, die aus den Ölexporten resultierten, entsprechend den Anforderungen der verschiedenen Sektoren der Gesellschaft verteilt wurden, anstatt sie für das Wachstum der produktiven Kapazitäten einzusetzen, für die Schaffung der ökonomischen und sozialen Sicherheit der Bevölkerung und der Umverteilung des Reichtums durch eine progressive Besteuerung und effektive Sozialpolitiken. Dies wurde einmal in den Defiziten der

---

9 CNE, zuletzt besucht am 08.01.2010.

Verwaltung bei den öffentlichen Dienstleistungen sichtbar, in den stetig zunehmenden klientelistischen Praktiken und der Korruption, und auf der anderen Seite in der mangelnden Glaubwürdigkeit der politischen Parteien.

Angesichts der Erschöpfung der Beziehungen zwischen der organisierten politischen Gesellschaft (politischen Parteien), das auf einem System des Interessenausgleichs beruhte, und der Gesellschaft im Allgemeinen waren die Akteure nicht mehr in der Lage, institutionelle Optionen einzusetzen, weder in Bezug auf das Entwicklungsmodell noch auf die politische Hegemonie. Ein Symptom dieser Erschöpfung und der Unzufriedenheit war die deutliche und steigende Apathie der Bürger, die sich in den Wahlen seit Ende der 1970er Jahre zeigte, und dies sowohl bei den regionalen und lokalen Wahlen wie auch bei den Präsidentschaftswahlen.

Nach und nach wurden die Symptome der Wirtschaftskrise und des Zusammenbruchs des gesellschaftlichen Konsenses in Bezug auf das institutionelle System und das Entwicklungsmodell sichtbar, ohne dass sich glaubwürdige und praktikable Alternativen zeigten. Auf diese Weise entstand bei den Teilnehmern des Paktes von 1958 ein Bruch, insbesondere was Übereinkunft zwischen den Streitkräften und den politischen Parteien betraf. Letztere hatten sich weit von ihrer eigenen Mitgliedschaft und der Bevölkerung im Allgemeinen entfernt. Die Folgen dieser Wandlungsprozesse und Bewegungen im politischen System bestätigten zusammen mit anderen Elementen, dass man es mit signifikanten Veränderungen der politischen Kultur in Venezuela zu tun hatte.

Das Wahlverhalten der Venezolaner im Allgemeinen bevorzugte sowohl das Zweiparteiensystem, bestehend aus AD und COPEI (zwischen 1973 und 1988) wie auch das Mehrparteiensystem (zwischen 1963 und 1968 sowie zwischen 1993 und 1998). Ein Merkmal des Wahlprozesses im Venezuela war das, was man die "Wahlphänomene" genannt hat (siehe Anm. 2), die sich in verschiedenen Wahlen bemerkbar machten: 1958 Wolfgang Larrazábal, 1973 Arturo Uslar Pietri, 1993 Andrés Velásquez, Hugo Chávez und Salas Römer 1998.

Die Wahlen von 1998 stellen einen Wendepunkt dar: Die Regierungspartei präsentiert keinen eigenen Präsidentschaftskandidaten, die Kandidaten mit den besten Chancen waren sogenannte "Wahlphänomene", von denen einer es bei den Streitkräften bis zum Oberstleutnant gebracht hatte. Zum ersten Mal wurden die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen getrennt abgehalten. Diese waren Zeiten einer hohen Wählerfluktuation. Auf der anderen Seite hat das politische Spektrum, in dem sich die Kräfte der Linken

zusammengefounden haben, sei es der PP oder der *Bloque del Cambio*, fast geschlossen dazu beigetragen, dass sich Hugo Chávez jedes Mal als Kandidat präsentieren konnte, von den Wahlen von 1998 bis zu den Wahlen von 2006. Außerdem gingen alle Vorschläge für Referenden aus diesen Gruppierungen hervor.

Die durchschnittliche Wahlbeteiligung lag von den Präsidentschaftswahlen des Jahres 1988 bis zu denen im Jahr 2006 bei 67%, und bei den neun regionalen und lokalen Wahlen seit 1998 bei 46%. An den verschiedenen Referenden beteiligen sich ungefähr 55% der Wähler. Im Durchschnitt hat damit ein wenig mehr als die Hälfte der Wähler (56%) von seinem Wahlrecht in den verschiedenen Wahlen und Referenden in den letzten 18 Jahren Gebrauch gemacht.

Die politische Herausforderung seit den Wahlen von 1998 geht weit über die bloßen Wahlziele hinaus. Hier geht es um die Konstruktion eines neuen politischen Modells, das notwendigerweise die Herausbildung einer neuen politischen Hegemonie und eines neuen Entwicklungsmodells mit sich bringt.

Übersetzung aus dem Spanischen: Andreas Boeckh

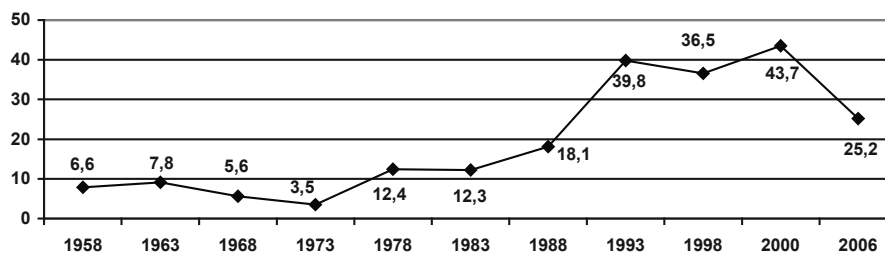
### Literaturverzeichnis

- Briceño Montesinos, Héctor (2010): *Leyes electorales y sus efectos políticos en Venezuela 1999-2009. Informe de avance del proyecto: Reformas electorales en Venezuela: orientaciones políticas, cambios y efectos en el sistema político (1999-2009)*. Caracas.
- Buninov-Parra, Boris (2000): "Los votos y sus cuentas". In: Baptista, Asdrúbal (Hrsg.): *Venezuela siglo XX. Visiones y testimonios*. Caracas, S. 133-189.
- Carrasquero, José Vicente/Welsch, Friedrich (1989): "Las elecciones regionales y municipales de 1989 en Venezuela". In: *Cuadernos del CENDES*, 12, S. 9-29.
- Consejo Nacional Electoral: <www.cne.gov.ve>.
- Huggins, Magally (2005): "Venezuela: 20 años de ciudadanía en femenino". In: Centro de Estudios del Desarrollo/CENDES (Hrsg.): *Venezuela Visión Plural. Una mirada desde el CENDES*. Bd. 1. Caracas, S. 415-445.
- Maingon, Thais (1995): "Las elecciones de 1993: ¿Cambios o profundización de las tendencias electorales?". In: *Revista Venezolana de Economía y Ciencias Sociales*, 2-3, S. 188-204.
- (2000) "Reconstitución política y desafíos de gobernabilidad en Venezuela". In: *Anuario Social y Político de América Latina y El Caribe*, 3. Caracas, S. 41-48.
- (2002): "Comportamiento político-electoral del venezolano y construcción de tendencias: 1998-2000". In: *Cuadernos del CENDES*, 49, S. 79-101.

- (2006): “Venezuela: Deslegitimación y colapso del sistema de partidos”. In: *Temas de coyuntura*, 53, S. 45-76.
- Maingon, Thais/Patruyo, Tanalí (1996): “Las elecciones locales y regionales de 1995: tendencias políticas”. In: *Cuestiones Políticas*, 16, S. 91-136.
- Maingon, Thais/Sonntag, Heinz (1998) “Sorpresas trae la transición: las elecciones regionales, del Congreso Nacional y presidencial en Venezuela”. In: *Anuario Social y Político de América Latina y El Caribe*, 2. Caracas, S. 32-41.
- (2000): “La batalla por una nueva Constitución para Venezuela”. In: *Cuestiones Políticas*, 24, S. 37-75.
- (2001): “Cambio político y resultados de las elecciones de 1998”. In: Carrasquero, José Vicente/Maingon, Thais/Welsch, Friedrich (Hrsg.): *Venezuela en transición: elecciones y democracia 1998-2000*. Caracas, S. 101-122.
- Molina, José E. (2001): “Comportamiento electoral en Venezuela 1998-2000: cambio y continuidad”. In: Carrasquero, José Vicente/Maingon, Thais/Welsch, Friedrich (Hrsg.): *Venezuela en transición: elecciones y democracia 1998-2000*. Caracas, S. 188-215.
- Molina, José/Pérez, Carmen (1996): “Los procesos electorales y la evolución del sistema de partidos en Venezuela”. In: Álvarez, Angel (Hrsg.): *El sistema político venezolano: Crisis y transformaciones*. Caracas, S. 193-238.
- (2002): “Venezuela ratifica el cambio: elecciones de 2000”. En: Ramos, Marisa (ed.): *Venezuela: rupturas y continuidades del sistema político (1999-2001)*. Salamanca, pp. 143-176.
- Patruyo, Thanalí (2005): “Los partidos políticos en la transición (1989-2004): de la desconsolidación a la antipolítica”. In: *Venezuela visión plural. Una mirada desde el CENDES*. Vol. I. Caracas, S. 372-415.
- Sonntag, Heinz/Maingon, Thais (1990): “Las elecciones en Venezuela en 1988 y 1989: del ejercicio del rito democrático a la protesta silenciosa”. In: *Revista Mexicana de Sociología*, 4, 90, S. 127-154.
- Werz, Nikolaus (1983): *Parteien, Staat und Entwicklung in Venezuela*. München.

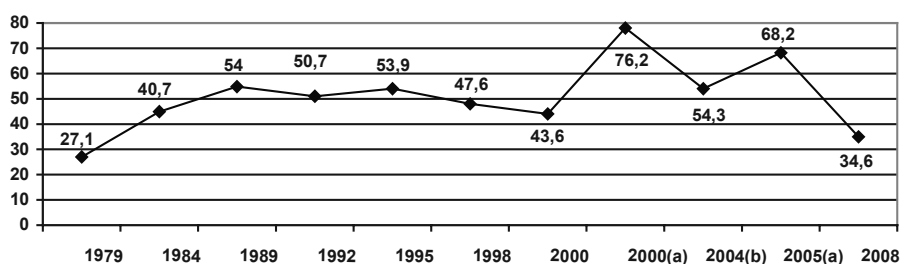
## Anhang

**Grafik 1: Wahlenthaltung bei Präsidentschaftswahlen.  
Venezuela, 1958-2006 (in %)**



Quelle: CNE, verschiedene Jahre.

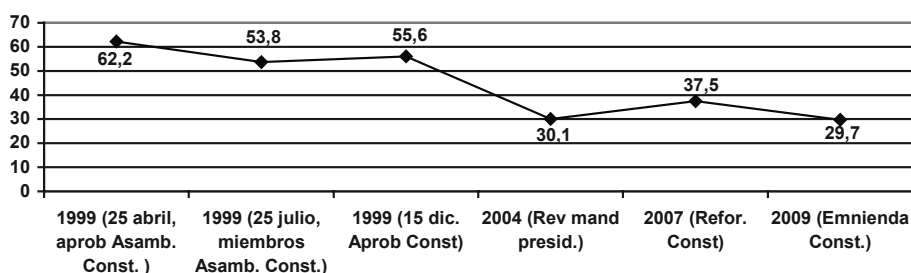
**Grafik 2: Wahlenthaltung bei regionalen und lokalen Wahlen.  
Venezuela, 1979-2008 (in %)**



Quelle: NE, verschiedene Jahre.

Notas: (a) Lokale Wahlen (Orte und Teilorte); (b) Regionalwahlen (Gouverneure).

**Grafik 3: Wahlenthaltung bei Referenden.  
Venezuela, 1999-2009 (in %)**



Quelle: CNE, verschiedene Jahre.

**Tabelle 1: Stimmenanteil von AD-COPEI bei den Parlamentswahlen.  
Venezuela 1958-2005 (in %)**

<b>Jahr</b>	<b>AD - COPEI</b>	<b>andere</b>	<b><i>Convergencia</i></b>	<b>LCR</b>	<b>MVR</b>
1947	87,8	12,2			
1958	64,5	35,5			
1963	53,5	46,5			
1968	49,6	50,4			
1973	74,7	25,3			
1978	79,5	20,5			
1983	78,6	21,4			
1988	74,3	25,7			
1993	46,0	19,5	13,8	20,7	
1998	36,1	38,6*	2,5	2,9	19,9
2000	21,2	29,0**	1,1	4,4	44,3
2005	-	31,7***	-	-	68,3

Quellen: 1958-1993: Molina/Pérez (1996); 1998-2000: Molina/Pérez (2002). CNE.

\* schließt die Stimmen der vier Gruppen ein, die dem *Polo Patriótico* angehören,

\*\* schließt den *Movimiento al Socialismo* (MAS) (5,1%) und die *Patria para Todos* (PPT) (2,3%) ein, die dem PP angehören,

\*\*\* schließt fünf politische Gruppen ein: PODEMOS, PPT, MEP, PCV und UPV, die dem vom MVR angeführten *Bloque del Cambio* angehören.

**Tabelle 2: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen nach Parteien.  
Venezuela 1947-2006 (in %)**

<b>Jahr</b>	<b>AD - COPEI</b>	<b>andere</b>	<b><i>Convergencia</i></b>	<b>LCR</b>	<b>MVR</b>
1947	96,9	3,1			
1958	64,5	35,6			
1963	53,0	47,0			
1968	57,3	42,7			
1973	85,4	14,6			
1978	89,9	10,1			
1983	91,3	8,7			
1988	93,3	6,7			
1993*	46,3	1,2	30,5	22,0	
1998	11,2	32,6			56,2
2000	-	40,2			59,8
2006**	-	37,1			62,9

Quelle: CNE. 1998 haben weder AD noch COPEI eigene Kandidaten aufgestellt.

\* AD erhielt 24% und COPEI 23%.

\*\* COPEI, *Convergencia* und *La Causa R* sind u.a. in "andere" eingeschlossen (2,4%, 0,23% bzw. 0,5%).

**Tabelle 3: Zahl der Gouverneure nach politischen Parteien, 1989-2008<sup>a</sup>**

Partei	1989	1992 <sup>b</sup>	1995	1998	2000	2004 <sup>c</sup>	2008 <sup>d</sup>
AD	11	7 (8)	12	7	2	1	1
COPEI	6	11 (9)	3	4	1	-	1
MAS	2	3 (4)	4	3	3	-	
La Causa R	1	1	1	-	-	-	
Convergencia	-	-	1	1	1	-	
PRVZLA-PROCA	-	-	1	1	1	-	1
MERI-COPEI-AD	-	-	-	1		-	
MVR/PSUV	-	-	-	6	12	17	17
PPT	-	-	-	-	2	1	
PODEMOS						2	
PJ/UNTC							1
UNT/UNTC	-	-	-	-	1	1	1
MIGENTE	-	-	-	-	-	1	
<b>Gesamt</b>	<b>20</b>	<b>22</b>	<b>22</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>23</b>	<b>22</b>

Quelle: CSE/CNE: *Dirección de Estadísticas Electorales*.

<sup>a</sup> Eigene Berechnungen im ersten Wahlgang; <sup>b</sup> im 2. Wahlgang.

<sup>c</sup> MVR + Verbündete, PPT + MVR + Verbündete, AD + COPEI + Verbündete, UNT + AD + COPEI + Verbündete, MIGENTE + MVR + Verbündete.

<sup>d</sup> In 20 Staaten stellen die Oppositionsparteien gemeinsame Kandidaten auf. 2008 wurden 22 Gouverneure gewählt, da in einem Bundesstaat in diesem Jahr keine Wahl anstand.



**Tabelle 4: Prozentzahl der Bürgermeister nach Parteien.  
Venezuela 1989-2008**

<b>Partei</b>	<b>1989</b>	<b>1992</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2004</b>	<b>2008</b>
AD	39,7	32,3	34,0	26,9	12,0	5,8
COPEI	32,8	32,3	22,2	14,9	6,3	2,8
MAS	15,5	11,9	9,5	5,9	1,2	-
La Causa R	1,7	8,1	10,3	2,1	-	-
Convergencia	-	-	8,6	1,8	1,2	-
PRVZLA-PROCA	-	-	1,2	1,8	0,9	-
MVR/PSUV	-	-	-	24,2	51,2	80,6
PPT	-	-	-	4,5	8,1	1,2
PJ	-	-	-	0,9	1,2	1,2
UNT	-	-	-	-	1,8	2,1
andere	10,3	15,4	14,2	17,0	16,1	6,3
<b>Gesamt</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Quelle: CSE/CNE: *Dirección de Estadísticas Electorales*. Eigene Berechnungen.